

Wer wir sind

CampusGrün ist eine offene Hochschulgruppe, die sich den Prinzipien der Gleichheit, Freiheit und Solidarität verschrieben hat.

Gleichheit bedeutet dabei für uns, dass alle Ungleichheit zwischen Menschen, seien sie politischen, ökonomischen und/oder ideologischen Ursprungs, abgeschafft gehören und sich Menschen auf Augenhöhe begegnen können sollten. Dazu gehört auch die Gleichheit zwischen Generationen, also dass wir durch nachhaltiges, am Allgemeinwohl orientiertes Wirtschaften die Natur als Lebensgrundlage des Menschen erhalten.

Freiheit bedeutet für uns, dass allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Elternhaus, ihrem Geschlecht, ihrem Aussehen, ihrem Alter und ihrem Geldbeutel, die Möglichkeit gegeben sein muss, sich frei zu entfalten.

Solidarität bedeutet für uns, diese Werte nicht nur als politisches Ideal nach außen so weit wie möglich durchzusetzen, sondern sie auch zum Leitmotiv unseres Umgangs miteinander, in der Gruppe und gegenüber allen Menschen, zu machen.

Auf Basis dieser Werte sind wir eine politische Gruppe, die an der Univesität Hamburg und darüber hinaus progressive Politik macht. Komm gerne dazu!

Impressum

Die CampusGrüne Wahlzeitung wird herausgegeben von:

CampusGrün Hamburg  
c/o Studierendenparlament UHH,  
Von-Melle-Park-5,  
20146 Hamburg

www.campusgruen.org  
kontakt@campusgruen.org

V.i.S.d.P.: Laura Franzen  
Redaktion & Layout: Laura Franzen  
Druck: Berliner Zeitungsdruck, Berlin  
ZDB-ID:25397187

Wir danken allen Autor\*innen und Fotograf\*innen für die Mitwirkung!

Alle unsere Texte stehen unter der „Creative Commons-Attribution- Share Alike 3.0“-Lizenz. Du darfst unsere Texte also nutzen und ändern, solange du deine Ergebnisse ebenfalls so zur Verfügung stellst. Hier die genauen Nutzungsbedingungen: <http://tinyurl.com/ccbysa30de>  
**Bildnachweise:**

**Demo:** Tobias Berking, **Gesch. d. Grünen:** JOKER via Arichiv Grünes Gedächtnis, **ESA:** CCO, **SDG Boxen:** UHH/ Michel Dingler, **Frauenwahlrecht:** frei Liz., **Sonstige:** CampusGrün

# CampusGrün



## Die Zukunft ist grün oder sie ist nicht

Wir befinden uns in einer Zeit spürbarer gesellschaftlicher Polarisierung und Politisierung, in der solidarische Tendenzen Auftrieb haben, wie deutschlandweit an der Bewegung für den Hambacher Wald sowie in der immer noch durch die breite Masse der Bevölkerung getragenen alltäglichen Flüchtlingssolidarität deutlich wird. Von der Uni Hamburg ausgehend zeigt sich die erstarkende Solidarität in der Wirksamkeit der Kampagne gegen Austerität. Doch die gestiegene Solidarität dieser Bewegungen zeigt sich (noch) nicht genügend in den Parlamenten. Und auch in weiten Teilen der Bevölkerung haben die Ungerechtigkeiten, die Neoliberalismus, Finanzkrise und Sparpolitik hinterlassen haben, zu einer großen Unzufriedenheit geführt. Diese Unzufriedenheit stärkt politische Positionen, welche die Ablehnung des ausbeuterischen Status Quo überwinden wollen, aber auch diejenigen, die dies nur behaupten. Das, was gesellschaftlich unter dem Namen „Rechtsruck“ verhandelt wird, ist also gar keiner. Wir vertreten: Bloß moralische Abgrenzung gegen Extremformen rechter Hetze bleibt wirkungslos. Was die Welt braucht, ist ein konsequent solidarischer Aufbruch nach Links. Diesen Aufbruch fassen wir als

CampusGrüne aus der Perspektive des Ökosozialismus. Was Ökosozialismus ist, lässt sich anhand der Formel „solidarisch - ökologisch - radikaldemokratisch“ erklären, die wir den Anfängen der GRÜNEN entlehnt haben und die für uns die Leitwörter grüner Politik sind.

Solidarisch müssen wir handeln, weil gilt: Solange ein einziger Mensch unterdrückt ist, ist auch die Menschheit als Ganze nicht frei. Die befreite Gesellschaft wird die Menschheit sein, die ohne vermeidbares Leid lebt - also ohne Krankheiten, für die es längst Medikamente gibt; ohne Hunger, für dessen Beendigung zwar die Produktion längst ausreicht, aber nicht der Wille zu gerechter Verteilung statt Lebensmittelvernichtung; ohne Krieg, der durch Machtbestrebungen einzelner nationaler oder religiöser Gruppen gegen andere begründet ist. Auf dem Weg dorthin kann es Zwischenziele und Abwägungen geben. Jedoch dürfen wir keine faulen Kompromisse machen, sondern müssen immer darauf hin ausgerichtet sein, dass Freiheit konsequent nur für alle Menschen zu denken ist. In diesem Sinn begreifen wir auch unsere Kämpfe hier nicht nur bedeutend für Hamburg oder Deutschland, sondern für all diejenigen, die anderswo für

die gleichen Ziele eintreten. Solidarität ist damit zielgerichtete gegenseitige Unterstützung und bedeutet nicht, ungerechte Verhältnisse nur abzufedern, sondern gemeinsam gegen diese zu kämpfen. Solidarität ist gleichzeitig ein moralischer und ein pragmatischer Grundsatz: Wir können uns selbst nur dadurch befreien, dass wir alle anderen befreien; und andere können wir nur befreien, indem wir uns selbst befreien.

Ökologisch ist unsere Perspektive, weil Gerechtigkeit sich nicht auf den aktuellen Augenblick reduzieren lässt, sondern durch die Vergangenheit beeinflusst wird und in die Zukunft wirken muss. Wir wollen auch für die kommenden Generationen eine Welt erhalten, in der Menschen gut leben können - was durch die derzeitige Praxis der Ausbeutung von Mensch wie Natur verhindert wird. Die maßlose Zerstörung der begrenzten natürlichen Ressourcen bedroht ganz akut die Menschheit sowie das gesamte Ökosystem. Besonders hart getroffen wird dabei der globale Süden, weil Industriestaaten wie Deutschland die ökologischen Kosten ihres Wohlstandes auf vielen Wegen dorthin auslagern - sei es durch Regenwaldabholzung, Export von Giftmüll oder die dort deutlich

stärker spürbaren Folgen des überwiegend hier erzeugten Klimawandels. Wir treten daher für einen sinnvollen, nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen ein.

Radikal demokratisch besteht aus zwei Begriffen: „Demokratie“ steht für die Herrschaft des Volkes selbst im Gegensatz zu einer von diesem abgegrenzten Regierung, die über ihm steht. „Radikal“ bezieht sich auf das Grundsätzliche (Latein: „radix“ = Wurzel). Im Falle des demokratischen Anspruchs unterscheidet sich das von der inkonsequenten Sichtweise, dass eine formelle rechtliche Gleichstellung aller Menschen genüge. Wir denken, dass politische Teilhabe auch indirekt eingeschränkt werden kann, was beispielsweise daran deutlich wird, dass sozial Benachteiligte sehr viel weniger wählen gehen oder daran, dass Menschen aufgrund angeblich mangelnder Erfahrung eine Mitsprache auf Augenhöhe verwehrt wird. Gegen solche Einschränkungen streiten wir für eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere der Wissenschaft, damit wir als Menschheit kooperativ über unsere Lebensbedingungen verfügen - für eine Demokratie, die ihren Namen verdient.



● Kontakt:  
● kontakt@campusgruen.org

● Unsere Webseite:  
● www.campusgruen.org

● Facebook:  
● CampusGruenHH



Jede Retrospektive der Geschichte der Grünen Bewegung muss mit den 1968ern beginnen. In einer Zeit gesellschaftlich breit verteilten Wohlstandswachstums erkannten Studierende, dass es sinnvoll war, den autoritären Charakter des Kapitalismus ins Zentrum von dessen Kritik zu stellen. Darin waren sie insbesondere von der Kritischen Theorie und internationalen Studierendenbewegungen inspiriert. Die Bekämpfung von Hierarchien und antikommunistischen, rassistischen bis nationalsozialistischen Kontinuitäten in Gesellschaft und politischer Struktur rückten dabei in den Vordergrund - exemplarisch wurden diese Auseinandersetzungen gegen Notstandsgesetze, den Vietnam-Krieg und das gute Verhältnis zu Autokraten, wie z.B. dem Schah von Persien, geführt. Diese neue Linie, die z.B. in den Forderungen nach umfassender Demokratisierung, der Öffnung und dem Ausbau des Bildungssystems für alle und einer echten Entnazifizierung Ausdruck fand, war dabei auch eine politische Neuausrichtung der radikalen Linken. Die durch die „68er“ erkämpften gesellschaftliche Fortschritte - insbesondere ein offenerer Hochschulzugang und eine allgemeine, linke Politisierung der Gesellschaft - bereiteten den Boden für die sogenannten „Neuen Sozialen Bewegungen“ in den 70ern.

Sie führten die Tradition, das Verhältnis von Kapital und Arbeit eben nicht zum „Hauptwiderspruch“ zu erklären, fort und kämpften für die Emanzipation von gesellschaftlich minorisierten Gruppen, für Frieden sowie die Lösung der ökologischen Krise. Exemplarisch waren dabei die Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss, Castor-Transporte und das Abtreibungsverbot. Die verschiedenen Bewegungen erkannten dabei Ende der Siebziger, dass sie ihre gesellschaftsverändernde Kraft besonders dann gut entfalten können, wenn die linke Systemalternative auch „von innen“ heraus der parlamentarischen Demokratie aufgezwungen würde. So entstanden die GRÜNEN 1980 als deren parlamentarischer Arm, als „Antiparteipartei“.

Unsere Sichtweise ist, dass der Zusammenschluss der Neuen Sozialen Bewegungen zustande kam, um ihnen eine gemeinsame, am Allgemeininteresse orientierte Perspektive zu geben. Dies ist durchaus umstritten: Aus neoliberaler Sicht wird behauptet, dass es sich vielmehr um einen Zusammenschluss der progressiven Partikularinteressen von Frauen\*, Naturschützer\*innen, LGBTQI\* etc. handelte, die sich aus machtpoliti-

# Geschichte der Grünen

schen Gründen vereint haben sollen. Die Trennung zwischen Parteilinken und „Realos“ verlief historisch immer an dieser Linie - also der Frage, ob die GRÜNEN ein einheitliches Allgemeininteresse vertreten oder verschiedene progressive Par-

manisieren“, lautete das endgültige Programmotto, mit dem sie 1983 als „Die GRÜNEN“ in den Bundestag einzogen: „ökologisch - Solidarisch - Radikaldemokratisch“. Mit dem Aufstieg des Neoliberalismus in den 90ern drehte



Bild: JOKER via Archiv Grünes Gedächtnis

tikularinteressen nebeneinander. Zu Beginn setzten sich die sozialistischen bis „alternativen“ Positionen durch und warfen den bürgerlich-konservativen Flügel aus der jungen Partei, der glaubte, man könne nicht-kapitalismuskritischen Naturschutz betreiben. Allein das Stichwort „ökologisch“ konnte die konträren Positionen nicht vereinen. Mit dem Ziel, „das Leben in der Bundesrepublik zu hu-

sich das Kräfteverhältnis - es waren jetzt hauptsächlich prominente Linke wie Jutta Ditfurth, die austraten. Gespalten wurde sich an der Frage, ob innerhalb des Systems versucht werden solle, eine Veränderung voranzubringen, oder ob das Ziel eine Umkehrung der Machtverhältnisse („Systemumsturz“) sei. Ihren Höhepunkt fand diese Entwicklung in den Nullerjahren in der Regierungsbeteiligung unter Rot-Grün, den Hartz-Ge-

setzen und dem Kosovo-Krieg. In der neueren Zeit ist die Lage unklar: Insbesondere in Regierungsverantwortung erscheinen die GRÜNEN einigen als der „hippere“ Teil des konservativ-neoliberalen Lagers - nicht in der Lage, zu erkennen, dass es einen progressiven Aufbruch braucht, um AfD & Co etwas entgegenzusetzen. Allerdings handelt es sich nicht einfach um einen „Rechtsruck“ bzw. eine „Verbürgerlichung“, sondern um eine gesellschaftliche Polarisierung, die auch solidarische Momente stärkt. Dementsprechend wird die Ausbeutung der Natur zum Zweck der Profitmaximierung, wie sie derzeit praktiziert wird, gesellschaftlich breit abgelehnt. So sprechen sich beispielsweise 79% der Deutschen für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 aus. Die Auseinandersetzung um den „Hambi“ zeigt dabei, dass es nach wie vor gesellschaftliche Bewegung braucht, um das breite Verlangen nach einer solidarischeren, ökologischeren Welt auch in die institutionelle Politik zu bringen. Mit dem Grundgedanken „Die Grüne ist links, oder sie ist nicht“ berufen wir uns auf die ökosozialistischen Ansätze der Anfangsjahre der Partei. In dieser Konsequenz müssen die GRÜNEN wieder eine bewegungslinke, systemkritische Partei werden - Zeit für eine linke Offensive in der Partei!

## Wissenswerft Hamburg?

### Eine kritische Darstellung der Universitätsgeschichte

Die Universität Hamburg begeht im nächsten Jahr mit großer Feierlichkeit ihr hundertjähriges Jubiläum. Unter dem Motto „Wissenswerft Hamburg“ soll die Universität als weltoffener Hafen der Wissenschaft gefeiert werden. Dabei scheint es der Anspruch des Uni-Präsidiums zu sein, die Universität in dem besten Licht darzustellen. Bei diesem Marketingdenken gerät die kritische Auseinandersetzung mit der widersprüchlichen Rolle der Universität in den letzten 100 Jahren völlig ins Hintertreffen.

Bereits in der Gründungsphase der Uni zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden grundlegende Konflikte deutlich. So waren es um die damalige Jahrhundertwende die konservativen Eliten, die die durch den Senator Werner von Melle angestrebte Gründung einer Universität verhinderten. Die durch Klassenwahlrecht geprägte Bürgerschaft versuchte so, die Herausbildung einer kritischen Wissenschaft samt gesellschaftlich eingreifender Akademiker\*innen zu verhindern. Gegen diesen Widerstand wirkte von Melle wesentlich für den Ausbau des Allgemeinen Vorlesungswesens. Die Bestrebung von Melles, eine Universität zu gründen fiel in eine Zeit, als das Kolonialamt des Deutschen Reichs vor dem Hintergrund des imperialistischen Großmachtstrebens einen „kolonialwissenschaftlichen“ Lehrstuhl einrichten wollte. Dieser sollte als zentrale Ausbildungsstätte der für die Ausbeutungspolitik der Kolonien benötigten Eliten dienen. Geegründet 1907 zog das Kolonialinstitut 1911 in das von Edmund Siemers gestiftete Gebäude (das heutige ESA 1) ein.

Erst nach der Niederlage des Kaiserreichs im ersten Weltkrieg und dem damit einhergehenden Verlust der deutschen Kolonien hatten Befürworter\*innen einer Universitätsgründung Erfolg in der Bürgerschaft. Die Gründung der Hamburger Universität 1919 kann



jedoch nicht als eindeutiger Bruch mit der kolonialen Vergangenheit eingeordnet werden, gingen doch zentrale Köpfe des Kolonialinstituts direkt in leitende Funktionen der neugegründeten Uni über. Neben dem neuen und alten Rektor Rathgen fanden sich in der Universitätsleitung auch der Rassenideologe und damalige Leiter des Völkerkundemuseums Thilenius sowie der zutiefst antisemitische Geograph Passarge wieder. Mit der personellen Kontinuität ging auch die geistesgeschichtliche einher, sodass Lehre und Forschung durch menschenfeindliche Ideologie dominiert wurde.

Dennoch ist die Universitätsgründung ein erster progressiver Bruch. Als Kind der Revolution vom November 1918 war es der erste demokratisch gewählte Senat samt seiner SPD-Mehrheit, der die Gründung einer städtischen Universität erst ermöglichte. 1919 er-

kämpften die sozialistischen Kräfte mit der Gründung der Uni gleichzeitig auch die soziale Öffnung des akademischen Bereichs. Dieser verbesserte Zugang der Öffentlichkeit zu Bildung wurde von den bürgerlichen Akademiker(\*innen) als „Proletarisierung“ diffamiert, da sie ihre

privilegierte Stellung in Gefahr sahen. Insgesamt waren sowohl Lehrkörper als auch Studierendenschaft stark konservativ-monarchistisch geprägt. Durch die soziale Öffnung immatrikulierten sich in Hamburg jedoch auch verstärkt demokratische, liberale und sozialistische Studierende.

Aus den reaktionären, von Studentenverbindungen dominierten Teilen der Studierendenschaft ging Anfang der 30er Jahre der Nationalsozialistische Studentenbund (NSDStB) hervor, welcher großen Einfluss auf die Universität ausübte. So wurde 1933, von dem NSDStB organisiert, die Verbrennung von antifaschistischen Büchern in einem barbarischen Festakt zelebriert. Im Zuge der Gesetze „zur Wiederherstellung des deutschen Beamten-tums“ und „zur Überfüllung der deutschen Hochschulen“ wurden insbesondere Jüd\*innen und Frauen\* systematisch aus den Hoch-

schulen vertrieben. Viele von ihnen wurden bis 1945 durch das NS-Regime ermordet. Aber auch an der Hamburger Universität leisteten Studierende und Professor\*innen auf verschiedene Weise Widerstand.

In den 60er Jahren wurde Hamburg zu einem der Zentren der sogenannten „Studentenbewegung“. 1967 stören Studierende mit einem Transparent, dessen Schriftzug „unter den Talaren - Muff von Tausend Jahren“ deutschlandweit bekannt wurde, die Rektoratsfeier der Universität. 1968 stürzten Studierende das vor dem ESA Gebäude stehende Denkmal des Kolonialherren Wiss-

mann. Die 68er wendeten sich damit unter anderem gegen einen nahtlosen Übergang der NS-Elite in die Strukturen der neuen Bundesrepublik, in der bekennende Nationalsozialist\*innen unbehelligt ihre alten Positionen beibehalten konnten. Ein Blick auf die bewegten Hundert Jahre Uni-Geschichte zeigt wie wichtig die von den 68ern erstrittene Demokratisierung der Uni und die Aufarbeitung der eigenen Geschichte ist, um eine kritische, geschichtsbewusste und antifaschistische Wissenschaft zu ermöglichen!

## Kritische Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung

„Kritik ein Schaffen aus Ge-schaffenem nennen.“ (Wilde, 1891). Die Hochschule muss demnach ein Ort sein, an dem kritischem Denken Raum gegeben wird. Dies ist notwendig in Hinblick auf die zentrale Aufgabe von Universität, auf wissenschaftlicher Basis gesellschaftliche Probleme zu lösen und darauf hinzuwirken, dass ihre Mitglieder sich im Widerstand gegen die Verhältnisse zu mündigen Bürger\*innen bilden. Die Kritik muss somit zum Selbstverständnis von jeglichem wissenschaftlichen Arbeiten gehören, genauso wie die damit einhergehende interdisziplinäre, progressiv-emanzipatorische Ausrichtung. Dafür notwendig ist der Stopp der restriktiven „Schuldenbremse“, damit die bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Universität von staatlicher Seite ermöglicht werden kann. Die damit einhergehende soziale Öffnung, gute Arbeitsverhältnisse mit Tarifverträgen und In-

vestitionen in die Forschung wären damit gesichert. Daraus resultieren kann und muss die gemeinsame Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen durch eine umfassende Analyse und Kritik der aktuellen Verhältnisse und die Entwicklung von Alternativen. Gerade in Zeiten von steigenden sozialen Ungleichheiten und verschärft rechtsgerichteter Politik wird der Bedarf an verantwortungsvoller Bildung und Wissenschaft immer größer. Die kritische, nachhaltig ausgerichtete Hochschule ist somit unabdingbar. Gegen diese Ausrichtung stellt sich die Marktfokussierung und unternehmerische Konkurrenz, die aus der Gesellschaft heraus auch in den Wissenschaftsbetrieben Fuß fasst. Zentral ist die Bologna-Reform, die auf die Verwertbarkeit der Studierenden auf dem Arbeitsmarkt abzielt und kritische Wissenschaft einschränkt. Dadurch wird Stress hervorgebracht und der Leistungs-



und Anpassungsdruck gefördert. Die drittmittelfinanzierte „Exzellenzstrategie“ reißt sich in dieses Muster ein: Im Konkurrenzkampf um die verstärkte Finanzierung bestimmter Bereiche wird aus einer Effizienzlogik heraus den „nicht exzellenten“ Bereichen noch mehr der ohnehin schon knappen Ressourcen genommen. Das Leitbild der „Nachhaltigen Uni“ verkümmert damit zum „Alleinstellungsmerkmal“ im neoliberalen Wettkampf um die wenigen Exzellenzcluster. Kooperation, Gerechtigkeit und Inklusion werden dabei links liegen gelassen, kritische

Inhalte und Argumentationen werden als nicht-förderungsnotwendig abgestempelt. Bologna und die Exzellenzstrategie lassen sich nicht mit unabhängiger, freier und kritischer Wissenschaft in Verbindung bringen. Stattdessen müssen sich Forschungen und Projekte stärker an den Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Lasst uns Universität als Ort der emanzipatorischen Bildung und kritischen Wissenschaft gestalten und gemeinschaftlich für eine Umsetzung der SDGs kämpfen!

## Neoliberales Unrecht und rechte Neoliberale

In der politischen Erzählung von Liberalen unterschiedlicher Couleur stehen sich politischer (Neo)Liberalismus und Rechtsradikalismus, wie er zum Beispiel durch die AfD verkörpert wird, unvereinbar gegenüber. Wir dagegen vertreten die These, dass beide ideologisch verwandt sind und weitreichende inhaltliche Überschneidungen haben: **Z**um Beispiel Gleichheit: Der Neoliberalismus kann zwar politische Ideen wie Diversität und Pluralismus integrieren, tut aber so, als ob die völlig unterschiedlichen Voraussetzungen, mit denen Menschen innerhalb der Gesellschaft klarkommen müssen, keine Einschränkungen der Gleichheit aller wären und führt deshalb den „Erfolg“ von Menschen auf deren „Leistungen“ zurück. Die Rechte geht noch einen Schritt weiter und hält beispielsweise die sehr viel schlechteren Voraussetzungen von in Afrika Geborenen für einen Ausdruck ihrer „kulturellen Unterlegenheit“. Ganz anders dagegen die Linke, die Ungleichheit als gesellschaftlich hergestellt erkennt und mittels Arbeitskampf, Umverteilung und Solidarität zu bekämpfen versucht.

**Z**um Beispiel Freiheit: Der Neoliberalismus behauptet, durch möglichst wenige einschränkende Gesetze sei das Maximum an Freiheit zu realisieren. In der kapitalistischen Gesellschaft, die durch Wettbewerb und Konkurrenz organisiert ist, bedeutet eine solche Freiheit aber meistens die Einschränkung der Freiheit anderer. Die Freiheit, Kohle abzubauen, bedeutet zusätzliche - freiheitseinschränkende -

Zwänge für all die, die unter den Folgen des Klimawandels leiden. Diese Gleichsetzung von „Freiheit“ mit „jede\*r nach seinen egoistischen Bedürfnissen“ wird von den Rechten auf Völker übertragen: „America first!“ ist der Schlachtruf eines menschenfeindlichen Egoismus auf nationaler Ebene. Der Freiheitsbegriff von links ist dagegen ein einschließender: Menschen sind kooperative Wesen - wenn man die Gesellschaft nicht auf Wettbewerb gründet, kann sich jede\*r entfalten, ohne dass andere darunter leiden.

In der politischen Praxis ergibt sich durch diese Schnittmengen eine Vielzahl an Restriktionen und Ideologien, die neoliberal, technokratisch und „harmlos“ erscheinen - aber eine antidemokratische, rechte Auswirkung haben. Die Schuldenbremse zum Beispiel erscheint reine Zahlenschieberei zu sein, technokratisch und im besten Falle sogar „nachhaltig“ - tatsächlich aber schwächt sie den demokratisch gestaltbaren Staat zugunsten des undemokratischen Marktes, an dem politischer Einfluss nicht Menschenrecht ist, sondern vom Besitz abhängt. So erzwingt z.B. die Unterfinanzierung der Uni die Akquise von Drittmitteln - statt den Wissenschaftler\*innen und den Gremien der Uni entscheidet dadurch der\*die Geldgeber\*in, was geforscht wird.

Der demokratischen Planung von menschlichen Bedürfnissen, wie Gesundheitsversorgung, sozialem Wohnungsbau, guten Löhnen, umweltfreundlicher Mobilität und freiem Zugang zu Bildung legt die

Schuldenbremse einen Finanzierungsvorbehalt auf. In einer politischen Öffentlichkeit, in der die Forderung nach höheren Steuern zur Umsetzung sozialer Belange weit aus populärer sind als die Forderung nach den sozialen Belangen selbst, bedeutet dieser „Vorbehalt“ de facto eine Bekämpfung. Es wird deutlich: Investitionen in die Zukunft, die Weiterentwicklung der Menschheit und die Ausrichtung der Gesellschaft an humanistischen Kriterien stehen der Schuldenbremse diametral gegenüber. Das Ganze wird ökonomisch „legitimiert“ durch pure Ideologie: Staatsverschuldung ist grundsätzlich nicht schädlich und in der derzeitigen Situation sogar zwingend notwendig, wenn Deutschland nicht weiterhin exportorientierte Politik zum Schaden südeuropäischer Länder betrei-

ben möchte (mehr Infos unter [campusgruen.org/2](http://campusgruen.org/2)). Dass diese wirtschaftspolitische Stimme in Deutschland kaum Platz hat, hat viel damit zu tun, dass Wirtschaft irgendwie mystisch und undurchschaubar zu sein scheint („unsichtbare Hand“, „die Märkte reagieren soundso“ etc.).

**A**uch hier zeigt sich die Verwandtschaft von Neoliberalismus und rechter Ungleichheitsideologie - für beide ist die Mystifizierung nämlich extrem nützlich: Wenn niemand sich zutraut, Wirtschaft zu verstehen, kommt auch niemand auf die Idee, sie zu ändern - alles bleibt genauso ungerecht, wie es ist. Die Ungerechtigkeit wird natürlich trotzdem empfunden, kann aber nicht erklärt werden - was wiederum ein wunderbarer Nährboden für Schuldzuweisungen ist - von „die

Ausländer werden auf unsere Kosten durchgefüttert“ bis zur „jüdischen Weltverschwörung“.

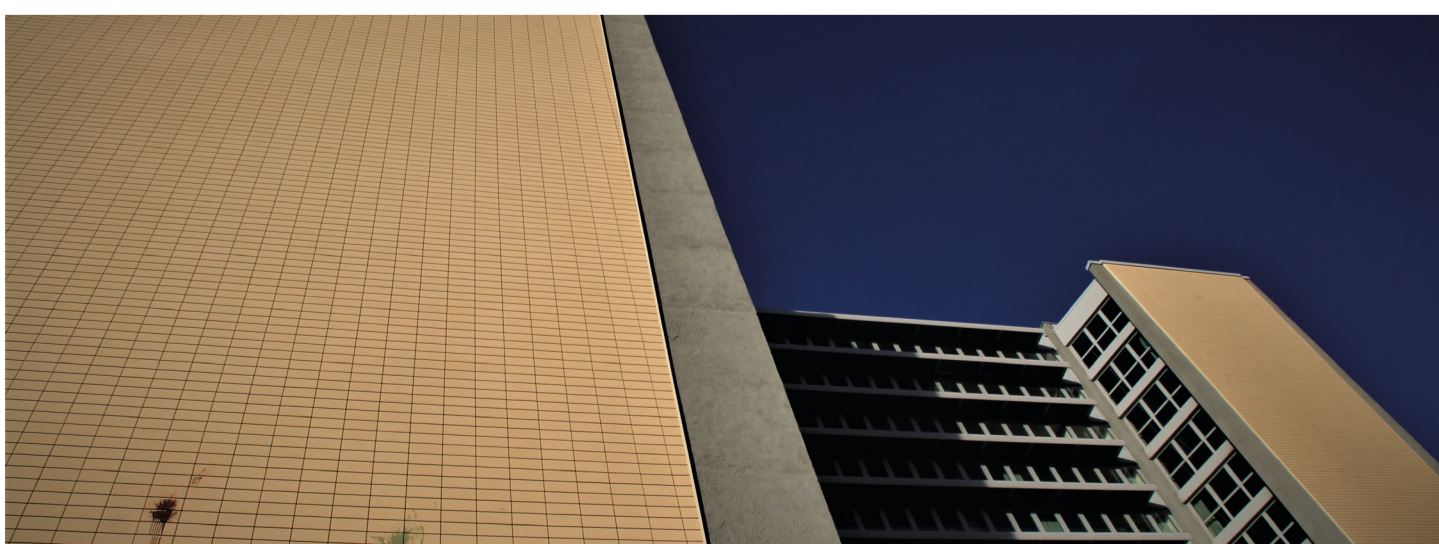
**E**s wird deutlich: Neoliberalismus und Rechtsradikalismus sind zwar unterschiedlich, aber beide sind reaktionär. Am Begriff des „Reaktionären“ wird aber auch deutlich: Die „Reaktion“ ist notwendig, um mit Ideologie, Sachzwängen und restriktiver Gesetzgebung eine ungerechte Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten. Es ist die Reaktion auf Erkenntnis und Aufklärung, gegen die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Solidarität und gegen bereits erkämpfte gesellschaftliche Fortschritte. Die Menschen haben die Macht, die Menschheit menschlich zu gestalten - legen wir los!

Bild: UHH/Michel Dingler



Bild: Tobias Berking

## Was bedeutet „Austerität“?



**E**ine Universität, die sich am Allgemeinwohl orientiert, stellt auch in ihrer baulichen Ausgestaltung den Menschen in den Mittelpunkt. Emanzipatorische Bildung ist nur dann möglich, wenn egalitäre Lehr-Lern-Verhältnisse auch durch eine entsprechende

bauliche Umsetzung, wie z.B. gemeinsame Begegnungsflächen, unterstützt werden. Freiheit, Gleichheit und Solidarität als Ideal zwischenmenschlichen Zusammenlebens drücken sich auch in einer Architektur aus, die weder monumental und ehrentugendbietet, noch nach Statusgruppen vereinzelt - und in einem Bauprozess, der demokratisch, partizipativ und auf Augenhöhe stattfindet.

**D**eshalb gilt: Bauen ist politisch! Entgegen der Erzählung, dass Gebäudesanierungen ein leidiger, aber notwendiger Verwaltungsakt seien, sind es in Wahrheit gesamtgesellschaftliche Konflikte, die sich in den Fragen niederschlagen, was wann wo wie und in welchem Interesse gebaut wird.

**D**as wird auch am Beispiel Philerturm deutlich: Klar, Bauten müssen in Stand gehalten werden - dass eine Komplettsanierung inklusive Sperrung für mindestens zwei Jahre, plus jetzt schon ein Jahr Verzögerung notwendig ist, ist allerdings direkte Folge jahrelang verschleppter Investition in eine schrittweise Teilsanierung. Und diese Verschleppung ist natürlich keine Verkettung unglücklicher Umstände. Sie fällt in eine lange Reihe von Auseinandersetzungen, die deutlich machen, dass im Zuge des neoliberalen Sozialstaatsabbaus der gesamte öffentliche Bereich kaputtgespart wurde. So wird in Deutschland seit Anfang der 2000er Jahre weniger in Infrastruktur investiert, als diese in der gleichen Zeit durch Verfall an Wert verliert.



## Unsere Kandidat\*innen für das Studierendenparlament

- Nadia Abd El Hafez**  
StuPa, FSR, OE,  
Soziologie/Islamwiss.
- Lene Greve**  
StuPa, ALSt, AgR,  
GRÜNE, LA Gesch/Dt
- Felix Steins**  
Gewerkschaftsgrün,  
GEW, TVStudHH,  
Gr.Jugend
- Sarah Klingenberg**  
FSR SoPaed, LA
- Lena Tresse**  
StuPa, StudiWerk,  
ver.di
- Fiona Nagorsnik**  
FSR+OE SozÖk,  
Alle Frauen\*Ref,  
AgR,StuPa
- Svenja Horn**  
FSR Erzwiss,  
Akademischer Senat,  
GRÜNE
- Laura Franzen**  
FSR Chemie
- Deborah Kirchgässner**  
PoWi
- Victoria Forkel**  
Soziologie
- Birte Wendebourg**  
Bioinformatik, ExPA,  
ExFSRbio
- Armin Günther**  
FSR MLS, Ex-ASTa,  
Stupa, AG KriWiGesch
- Marisa-Ruth Gawel**  
Biologie
- Sören Horn,**  
Bioressourcen-Nutzung
- Simon Horn**  
Biologie
- Greta Becker**  
Soziologie
- Anja Litera**  
Geophysik
- Timo Zeimet**  
StuPa, ALSt-MIN,  
FSRbio, GenderKommission
- Franziska Stocker**  
Stupa, ALSt, AfG, AgR
- Benjamin Zimmer**  
Informatik
- Meike Schickhoff**  
StuPa, AS,  
Int. Climate -  
System Sciences
- Sebastian Peters**  
Ozeanografie
- Marie Borgerding**  
Soziologie
- Lotta Nymmerga**  
Religionswissenschaften
- Matthias Meyer**  
Soziologie
- Marius Heitmann**  
FSR Chemie,  
FB Rat Chemie
- Alexandra Richter**  
Jura
- Daniel Runge**  
FSR Chemie
- Christian Lagod**  
Inform, Ex-Stupa/  
FakRat/FS, FBR
- Rosa Domm**  
GRÜNE,  
Sprecherin GRÜNE  
JUGEND Hamburg

In der Eurokrise hat sich dieses Problem nochmal dramatisch verschärft, als die Deutung, dass die Staatsverschuldung die Ursache der Krise sei, dazu führte, dass die europäischen Parlamente sich selbst entmächtigten: Sie erkannten sich das Budgetrecht - auch ihr „Königsrecht“ genannt - teilweise ab und führten die Schuldenbremse ein.

Die Erzählung der „schwäbischen Hausfrau“, die nicht mehr ausgeben könne, als sie einnimmt, klingt zwar einleuchtend, ist aber ökonomisch völliger Unsinn, weil Privat- und Staatshaushalte völlig unterschiedlich funktionieren (mehr Infos unter

campusgruen.org/2) Dass die Finanzkrise, die wesentlich durch Vermögensungleichheit, Deregulierung und Finanzialisierung zustande gekommen ist, mit einer Schuldenbremse beantwortet wird, ist in hohem Grade zynisch: Die dadurch erzwungene Unterfinanzierung der öffentlichen Daseinsfürsorge führt zu steigender Ungleichheit und Privatisierungen. Das ist, als würde man versuchen, sein brennendes Haus mit Benzin zu löschen.

Zur Erkenntnis, dass Bauen politisch ist, gehört aber auch der umgekehrte Weg:

Die Bauauseinandersetzungen, die zum Beispiel um den Philturm

geführt wurden, können genau dann breite Wirkung entfalten, wenn wir uns des demokratischen Anspruchs bewusst sind. Dieser ist naturgemäß gegen die undemokratischen Tendenzen von Ökonomisierung und Austeritätspolitik gerichtet und weist damit über die spezifischen Auseinandersetzungen hinaus.

Deswegen wollen wir den aktuellen Konflikt um den Neubau der Chemie positiv wenden und zum Ausgangspunkt einer Diskussion über die Ausrichtung von Naturwissenschaften an der gesellschaftlichen Problemlösung und den dafür notwendigen baulichen Bedingungen machen.

## 100 Jahre Frauenwahlrecht



Während aktuell das hundertjährige Unijubiläum vorbereitet wird, jährt sich gleichzeitig die Einführung des Frauenwahlrechts in der Bundesrepublik zum hundertsten Mal. Dieses Ereignis ist in mehrfacher Hinsicht relevant. Einerseits, weil damit Frauen\* das erste Mal als gleichwertige Bürgerinnen\* anerkannt wurden, andererseits, weil sich an dieser Stelle zeigt, wie auch hier die sozialistischen Kräfte der Revolution von 1918/19 prägend für demokratische Teilhabe waren. Seitdem wurden noch viele weitere Hürden auf dem Weg zur Gleichstellung genommen, z.B. wurde Vergewaltigung in der Ehe nach endlosen Kämpfen erst 1997 in Deutschland offiziell als illegal eingestuft.

Trotzdem ist Feminismus heutzutage immer noch ein Reizwort. Viele Gegner\*innen des Feminismus bedienen sich der (falschen) Erzählung, dass das Ziel des Feminismus sei, die Rechte und Belange von Frauen über die von Männern zu stellen. Dies ist jedoch mitnichten der Fall. Die große Mehrheit der Feminist\*innen haben keine konkurrenzhafteste Vorstellung vom Zusammenleben der Geschlechter, sondern streben nach einer Befreiung von den antiquierten, binären Rollenrollenvorstellungen von Mann und Frau. Denn diese richtet bis heute Schaden an. Z.B. wird die Existenz von Intersex- und Trans-Personen in struktureller Planung häufig vergessen. Daher müssen diese Personen entweder stillschwei-

gend einen für sie unpassenden Weg gehen oder sich als „Spezialfall“ outen. Selbst im Gleichstellungsbericht 2018 der Universität Hamburg musste daran erinnert werden, dass Gleichstellung nicht nur cis-Frauen betrifft. Das kann so nicht weitergehen! Alle Menschen haben ein Recht darauf, entsprechend ihrer Bedürfnisse einen Platz in dieser Gesellschaft zu haben. Daher solidarisieren wir uns als Feminist\*innen mit FIT\*-Personen (Frauen, Inter, Trans) und wollen gemeinsam als Menschen für die Gleichstellung aller Geschlechter streiten.

Die andauernden Angriffe der AfD auf die Legitimität von und ihre Hetze gegen Genderstudien sind Beweise dafür, dass es eine reale Gegner\*innenschaft gegen die Gleichstellung von Menschen als Menschen in der Gesellschaft gibt. Die Klassifizierung der Informationen über Abtreibungen auf den Homepages von Frauenärzt\*innen als „Werbung“ durch das Oberlandesgericht in Gießen ist ein aktuelles Beispiel dafür, dass männlich dominierte, antifeministische Institutionen und gesellschaftliche Strömungen bis heute gewaltigen Einfluss auf die Rechtslage und damit faktisch über den Körper von Frauen haben. Dabei leiden auch männliche Individuen sehr wohl unter den derzeitigen Normvorstellungen. Das patriarchale System beschützt jedoch gerade die Männer, die von den Strukturen profitieren. Am schlimmsten betroffen sind stets die FIT-Personen (Frauen,

Inter, Trans), die auch in anderen Aspekten marginalisierten Bevölkerungsgruppen bzw. -schichten angehören. Je schlechter die Möglichkeit sich bei Benachteiligung bzw. Missbrauch Hilfe zu holen – z.B. wegen schlechter Deutschkenntnisse oder einfach durch geringe Berührungspunkte mit den Institutionen – desto härter treffen die gesellschaftlichen Diskriminierungen.

Fortschritt im feministischen Sinne ist immer mit sozialen Notwendigkeiten verknüpft. So wird durch alle Gesellschaftsschichten das Aufziehen von Kindern als privates Problem betrachtet und nicht als Aufgabe aller. Wer Kinder kriegen will, erklärt sich implizit bereit, auf andere gesellschaftliche Aspekte zu verzichten, wie z.B. Mitbestimmung in strukturell gestaltenden Positionen. Alles ist angepasst an die klassische Kernfamilie, so dass für die biologischen Notwendigkeiten des Großziehens von Kindern strukturell kein Platz im gesellschaftlichen Leben ist. Doch unabhängig vom Geschlecht und Lebensmodell muss ein gleichberechtigtes Leben mit Kindern möglich sein. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die universitären Strukturen sich an den realen Bedürfnissen der Menschen ausrichten und nicht an antiquierten Vorstellungen davon, wie der „Universitätsbetrieb“ aussehen sollte. Der Widerstand gegen diese menschenfeindlichen Strukturen kann nur gemeinsam erfolgen!

## Wahlinfo

In diesem Wintersemester finden zwei Wahlen statt, für die unterschiedliche Verfahren gelten.

Die Wahl zum Studierendenparlament (Stupa) ist eine kombinierte Brief- und Urnenwahl. Mitte Dezember bekommst du Briefwahlunterlagen per Post. Wenn du per Brief wählen möchtest. Bei der Briefwahl ist es sehr wichtig, dass du den unterschriebenen Wahlschein neben dem Umschlag mit dem Stimmzettel ebenfalls einsendest. Anschließend findet in der Woche vom 14. - 18. Januar 2019 die Urnenwahl statt; dazu brauchst du nur deinen Studierendenausweis. Urnen findest du in den verschiedenen Universitätsgebäuden.

Die Wahl zum Akademischen Senat (AS) ist dagegen eine reine Briefwahl. Die Briefwahlunterlagen bekommst du Mitte Dezember per Post. Der Wahlbrief muss dem Wahlamt bis zum 21. Januar 2019 um 14:00 Uhr zugegangen sein (es zählt der Eingang beim Wahlamt, nicht der Poststempel), also entweder rechtzeitig mit der Post abschicken oder beim Wahlamt (Mittelweg 177) abgeben. CampusGrün kandidiert für den Akademischen Senat als Liste 2.

## Unsere Kandidat\*innen für den Akademischen Senat

- Horn, Svenja**  
(FSR Erzwiss, StuPa, Grüne)
- Günther, Armin**  
(FSR MLS, StuPa, Ex-ASTa)
- Greve, Lene**  
(LA Ge/Dt, ALSt, AgR)
- Abd El Hafez, Nadia**  
(Soziologie, FSR, FBR)
- Franzen, Laura**  
(FSR Chem. CG)
- Zeimet, Timo**  
(FSR Bio, MIN-ALSt, StuPa)
- Domm, Rosa**  
(Grüne Jugend/Die Grünen)
- Steins, Felix**  
(GEW, Gewerkschaftsgrün)
- Franze, Martin**  
Nymmerga, Lotta Maria
- Borgerding, Marie**  
(Soziologie)
- von Weyhe, Moritz**
- Meyer, Matthias**  
Kirchgässner, Deborah
- Horn, Sören**  
Müller, Ivy May  
(Grüne Jugend HH, Grüne HH)
- Lagod, Christian**  
(Inf, Ex-FakRat/Stupa, OE)
- Gawel, Marisa-Ruth**
- Heider, Katharina**  
Forkel, Victoria  
(Soziologie)
- Stocker, Franziska**  
(StuPa, ALSt, AfG, Jura)
- Peters, Sebastian**  
(Ozeanographie)
- Schickhoff, Meike**  
(MICSS, AS; StuPa)
- Steins, Felix**  
(StuPA, Gr. Jugend, TVStudHH)
- Litera, Anja**  
Zimmer, Benjamin
- Nagorsnik, Fiona**  
(FSR + OE SozÖk, AF\*R)
- Klingenberg, Sarah**  
(FSR SoPaed)
- Horn, Simon**  
(Student der Biologie)
- Lutter, Sophie**